

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Staatsministeriums**

### **Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden – Europa braucht Demokratie mit Demokraten**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. inwiefern ihr die steigende Zustimmung zur Politik rechtspopulistischer und extremistischer Organisationen und Parteien in der Schweiz, Frankreich und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“ bekannt ist und wie sie diese ggf. aus ihrer Sicht bewertet;
2. wie sich die Arbeit innerhalb der Donaunraumstrategie nach den Wahlen in Ungarn im März 2013 im Sinne der angestrebten Ziele fortsetzen lässt;
3. welche Möglichkeiten sie wahrnehmen kann, um die Regierungen in den Partnerländern gegebenenfalls dabei zu unterstützen, antidemokratischen und anti-europäischen Tendenzen entgegenzuwirken;
4. inwiefern ihr bekannt ist, ob es Anhaltspunkte gibt, die darauf hinweisen, dass infolge der Volksabstimmung in der Schweiz europakritische Rechtspopulisten im Land und besonders in den Grenzregionen Baden-Württembergs Auftrieb bekommen;
5. welche Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration sie in ihrem unmittelbaren Einflussbereich, etwa in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder der beruflichen Mobilität, im letzten Jahr befördert hat, um Europa bei den Menschen positiv erlebbar zu machen.

16. 04. 2014

Sitzmann, Frey  
und Fraktion

Eingegangen: 16. 04. 2014 / Ausgegeben: 19. 05. 2014

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

### Begründung

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien haben Aufwind in Europa. In Griechenland zog die offen faschistisch auftretende Partei Goldene Morgenröte im vergangenen Jahr ins Parlament ein. In Ungarn hat die nationalpopulistische Fidesz ihre Position als stärkste Partei im Land nach vier Jahren an der Macht klar behaupten können, obwohl die Opposition und die Zivilgesellschaft zunehmend antidemokratische, antisemitische und antiziganistische Tendenzen beklagen.

In Frankreich hat der Front National (FN) bei der Kommunal- und Bürgermeisterwahl im März 2013 erhebliche Zugewinne zu verzeichnen.

Und schließlich hat in der Schweiz mit der Volksabstimmung zur Masseneinwanderung die SVP (Schweizerische Volkspartei) einen scheinbaren Erfolg gegen die proeuropäischen Kräfte in der Schweiz errungen.

Auch in anderen europäischen Staaten lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten. Das Erstarken rechter Bewegungen ist ein europaweites Phänomen, wenngleich auch mit höchst unterschiedlichen Motiven. Auch in Baden-Württemberg können rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien regional immer wieder Wahlerfolge erzielen und damit gegen die gutnachbarschaftlichen Beziehungen Baden-Württembergs agieren.

Die Krise Europas droht vielerorts zu einer Krise der Demokratie zu werden. Diese antidemokratischen Tendenzen müssen wir auch in Baden-Württemberg entschieden zurückdrängen. Dass Parteien am rechten Rand auch die EU kritisch beäugen, ist nicht neu.

Bei den bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament wird es von großer Bedeutung sein, den Zulauf der antieuropäischen und Euro-skeptischen Kräfte in Europa, in der Bundesrepublik und auch in Baden-Württemberg zu stoppen. Denn wir werden Europa nur gemeinsam aus den Regionen heraus aus der Krise führen und demokratisch und bürgernah fortentwickeln können, insbesondere dort, wo Europa gelebt und für die Bürgerinnen und Bürger spürbar wird.

Welche Rolle die Landesregierung bei der Entwicklung von Gegenstrategien und bei der Unterstützung der demokratischen Kräfte in den Partnerregionen spielen kann, soll mit diesem Antrag eruiert werden, auf der Ebene des Landes, der Partnerregionen wie auch auf Ebene der Europäischen Union.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 14. Mai 2014 Nr. V-0147. Rechtspopulismus nimmt das Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. inwiefern ihr die steigende Zustimmung zur Politik rechtspopulistischer und extremistischer Organisationen und Parteien in der Schweiz, Frankreich und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“ bekannt ist und wie sie diese ggf. aus ihrer Sicht bewertet;*

In der Schweiz ist aus dem rechten Spektrum die Schweizerische Volkspartei SVP aus den letzten Nationalratswahlen 2011 erneut als stärkste Kraft hervorgegangen. Mit 26,6 Prozent liegt sie vor der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz SP mit 18,7 Prozent, der FDP mit 15,1 Prozent und der Christlichdemokratischen Volkspartei CVP mit 12,3 Prozent.

Die SVP stellt 30 von insgesamt 200 Mandaten im Nationalrat. Sie ist auch in der Regierung der Schweiz, dem Bundesrat, vertreten: Mit Ueli Maurer stellt sie den Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.

Bei den Nationalratswahlen 2011 verlor die SVP neun Sitze, blieb aber stärkste Partei. Gewinnerinnen der Nationalratswahlen waren die Bürgerlich-Demokratische Partei, die sich 2008 von der SVP abgespalten hatte, und die Grünliberalen, die in den meisten Kantonen erstmals antraten. Sie erreichten beide 5,4 Prozent der Stimmen und zwölf (glp) respektive neun (BDP) Nationalratssitze.

Beim Politbarometer von „SonntagsZeitung“ und „Le Matin Dimanche“ kam die SVP Ende März 2014 auf einen Wähleranteil von 25 Prozent. SVP-Vizepräsident Christoph Blocher ist Anfang Mai 2014 mit Wirkung zum Ende des Monats von seinem Nationalratsmandat zurückgetreten. Zur Begründung wird er mit den Worten zitiert, „er wolle seine Zeit ganz auf den Kampf gegen den ‚schleichenden EU-Beitritt‘ verwenden“.

Die SVP hat bereits in der Vergangenheit Volksinitiativen gestartet, die sich gegen Zuwanderung richteten. Zuletzt wurde am 9. Februar 2014 mit einer knappen Mehrheit von 50,3 Prozent die von der SVP lancierte Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ angenommen.

Diese sieht vor, dass die Schweiz künftig die Zuwanderung durch jährliche Kontingente und Höchstzahlen begrenzt, die auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten sind. Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Die Schweiz hat nun drei Jahre Zeit, die Vorgaben der Volksinitiative umzusetzen.

Die Schweiz ist ein beliebtes Einwanderungsland; sie zieht gerade auch qualifizierte Fachkräfte an, auf die die Schweizer Wirtschaft wesentlich angewiesen ist. In der Kampagne für die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ wurde dagegen auf angebliche negative Folgen der Zuwanderung wie Auslastung der Infrastruktur, Belastung der Sozialkassen, sinkende Löhne und einen Anstieg der Kriminalität hingewiesen.

Die stärkste Kraft im rechten Spektrum in Frankreich ist zweifelsohne der Front National (FN). Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 konnte der FN jedoch nur in 600 der 36.200 Städten und Gemeinden eine Liste zur Wahl aufstellen. Allerdings reichte dies immerhin für 14 Bürgermeisterposten aus. Mit 4,7 Prozent der Stimmen konnte der FN im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2008 damit ihren Stimmenanteil von damals 0,9 Prozent mehr als verfünffachen. Die Hochburgen des FN liegen vor allem im Süden und im Nordosten Frankreichs. Im Nordosten vor allem in den industriellen Problemgebieten mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und im Süden vor allem in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA).

In der Region Rhône-Alpes ist der FN ebenfalls sehr stark, jedoch findet er hier längst nicht so eine große Zustimmung wie in der Region PACA oder in den nordöstlichen Regionen Frankreichs. Bei aktuellen Umfragen liegt die konservative UMP (28 %) doch relativ deutlich vor dem FN (23 %).

Eine weitere Hochburg des FN ist das Elsass. Dort existiert allerdings mit der Kleinpartei Alsace d'abord aufgrund ihres regionalen Profils ein direkter Konkurrent zum FN. Ein programmatischer Unterschied zwischen beiden Parteien besteht darin, dass Alsace d'abord pro-europäisch ausgerichtet ist. Aktuelle Umfragen zufolge wäre der FN im Elsass mit 26 Prozent gefolgt von der UMP mit 24 Prozent sogar die stärkste Partei bei der Europawahl.

Allgemein ist in Frankreich ein großer Zulauf für den FN zu beobachten. Aktuelle Umfragen zufolge wäre der FN mit rund 24 Prozent die stärkste französische Kraft im Europaparlament, noch vor der UMP (22,5 %) und den Sozialisten (18 %). Dies hätte zur Folge, dass anstatt drei Abgeordneten des FN zwischen 18 und 20 Abgeordnete dieser Partei im Europaparlament säßen.

Die Lega Nord (LN) ist eine hauptsächlich im Norden, aber auch in anderen Gegenden Italiens aktive Partei des rechten Spektrums. Für die neue Legislaturperiode im Europaparlament will die Lega Nord eine Allianz gegen Masseneinwanderung gründen. Der Kampf gegen die „illegale“ Migration soll als Fundament einer Allianz mit dem FN, der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreich) und der niederländischen PVV – Partei für die Freiheit – dienen. Da die Lega Nord den Euro dafür verantwortlich macht, dass es in Italien keine Arbeit mehr gibt, will sie sich zudem für ein Referendum zum Euro-Austritt einsetzen.

Darüber hinaus plant die Partei in ihrer Hochburg, der Lombardei, ein Unabhängigkeitsreferendum, das jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung keine große Rolle spielt. Zudem will sie im lombardischen Regionalparlament einen Gesetzesentwurf für die Umwandlung der Lombardei in eine Region mit Sonderautonomie einbringen (vgl. Sonderautonomie Status Südtirols).

Bei den Parlamentswahlen am 24. und 25. Februar 2013 hat sich der Stimmenanteil der Lega Nord gegenüber 2008 halbiert. Dagegen konnte sie bei den gleichzeitig stattfindenden Regionalwahlen in der Lombardei, Italiens bevölkerungsreichster Region, erstmals seit Mitte der 1990er-Jahren in Person von Roberto Maroni wieder den Regionalpräsidenten stellen.

Aufgrund der schwankenden Wahlergebnisse ist es schwer, eine Aussage über die Entwicklung bzw. über die steigende oder sinkende Zustimmung in der Bevölkerung Italiens zu treffen.

Trotz Wirtschaftskrise und einer Arbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent führen die Einwanderungswellen in Spanien kaum zu Fremdenfeindlichkeit und einem daraus resultierenden Zulauf für rechtspopulistische und extremistische Parteien.

Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern, in denen fremdenfeindliche Parteien dazu aufrufen, sich von Europa abzuschotten, setzen in Spanien zumindest alle großen politischen Lager auf ein stärkeres Europa, um die illegale Einwanderung in den Griff zu bekommen. Keine der Parteien in Kongress, Senat oder Regionalparlamenten setzt erkennbar auf populistische Kampagnen.

Offen fremdenfeindliche Parteien hatten in Spanien bislang wenig Erfolg. Rechts der regierenden konservativen Volkspartei (Partido Popular) existieren lediglich zersplitterte politische Gruppierungen ohne Abgeordnete auf nationaler oder regionaler Ebene. Vereinzelt wurden Rechtsradikale zwar in Stadtparlamente gewählt, sowohl bei den Kommunalwahlen 2007 als auch 2011 bekamen diese landesweit aber weniger als ein Prozent der Stimmen.

Für die bevorstehende Europawahl formieren sich zwar mehrere Zusammenschlüsse rechts der spanischen Volkspartei, wie das Bündnis „La España en Marcha“ (Spanien auf dem Marsch) oder die Partei „Vox“ (Stimme). Nach der jüngsten Umfrage der Tageszeitung El País (22. März 2014) würden diese aber jeweils weniger als ein Prozent der Stimmen erhalten.

Die bekannteste Partei des rechten Spektrums in Katalonien ist die „Plataforma per Catalunya“ („Plattform für Katalonien“; PxC). Sie verfügt seit der Kommunalwahl vom Mai 2011 über 67 Stadt- und Gemeinderäte in 39 Kommunen. Kontakte pflegt die PxC unter anderem zur bundesdeutschen „Pro“-Bewegung, zur FPÖ und zum belgischen Vlaams Belang (Flämische Interessen). Man kann zwar von einem Mitgliederzuwachs der Organisation sprechen, allerdings ist dieser schwindend gering.

Für die Landesregierung sind die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Partnerregionen Baden-Württembergs und die konkrete Kooperation auf Projekt- und Verwaltungsebene zwischen Baden-Württemberg, dem Elsass, Rhône-Alpes, Katalonien, der Lombardei und den Schweizer Grenzkantonen dadurch aber nicht in Frage gestellt. Eine intensive grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit trägt aus Sicht der Landesregierung zur Stärkung Europas bei.

*2. wie sich die Arbeit innerhalb der Donaunraumstrategie nach den Wahlen in Ungarn im März 2013 im Sinne der angestrebten Ziele fortsetzen lässt;*

Ungarn hat sich seit Beginn der EU-Strategie für den Donaunraum (EUSDR) als einer der aktivsten Partner erwiesen, dessen Engagement sich auf vielen Gebieten zeigt. Ungarn hat beispielsweise gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank einen Danube Contact Point eingerichtet, der die Umsetzung der Strategie in Form von Projekten vorantreibt.

Ungarn hat auch als einziges Land die Koordination von drei Schwerpunktbereichen übernommen (Förderung der Nutzung nachhaltiger Energien, Wiederherstellung und Sicherstellung der Qualität der Gewässer, Management von Umweltrisiken), die alle drei auch aus Perspektive der Landesregierung von großer Bedeutung sind. Die Steuerung der drei Prioritätsbereiche, aber auch die Mitwirkung in anderen Prioritätsbereichen wird im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten mit hohem personellen Aufwand betrieben. Dabei besteht von ungarischer Seite in der praktischen Arbeit ein hohes Maß an Offenheit gegenüber Ideen und Projekten der Partnerländer, im Falle Baden-Württembergs beispielsweise im Prioritätsbereich 2 (Förderung der Nutzung nachhaltiger Energien).

Die Donaunraumstrategie ist insgesamt ein sehr langfristig angelegtes Vorhaben, in deren Rahmen über Ländergrenzen, aber auch über verschiedene Verwaltungsebenen vom Nationalstaat bis hin zur Kommune vielfältige Projekte angestoßen und umgesetzt werden. In aller Regel stehen dabei praktische Herausforderungen und gemeinsame Lösungen, häufig auf administrativer Ebene, im Vordergrund.

Jenseits der konkreten Projektebene und der zahlreichen guten und intensiven Kontakte, die das Land mit Ungarn pflegt, bleibt jedoch zu beobachten, dass der politische Kurs, der seit mehreren Jahren von der regierenden FIDESZ Partei eingeschlagen wurde, europaweit Sorge bereitet, was sich in kritischen Äußerungen der EU-Kommission oder des EU-Parlaments widerspiegelt.

Anlass waren Verfassungsänderungen, die die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit sowie die Grundrechte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen berührten. Zudem wurde in Ungarn ein Wahlrecht für ausgewanderte und im Ausland lebende Ungarn eingeführt.

Dadurch verfügt die FIDESZ Partei, die in den Wahlen im April 2014 rund 44 Prozent der Stimmen erhielt, eine zweidrittel Mehrheit im Parlament. Die weit rechts stehende JOBBIK Partei konnte rund 21 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Das Oppositionsbündnis aus Liberalen und Sozialisten kam bei den Wahlen auf rund 25 Prozent. Die Landesregierung beobachtet mit Sorge, ob die erneute verfassungsändernde Mehrheit für FIDESZ zu weiteren Konflikten zwischen ungarischer Gesetzgebung und europäischem Recht bzw. Werten führen wird.

Baden-Württemberg unterhält seit 1991 eine gemischte Regierungskommission mit Ungarn. Sie dient der Pflege der bilateralen Beziehungen sowie einer kontinuierlichen Unterstützung Ungarns auf dem Weg in die Europäische Union sowie im Nachgang dazu. Die gemischte Kommission mit Ungarn war die erste ihrer Art, die das Land eingerichtet hat. Bislang fanden 12 Sitzungen statt, bei denen eine Vielzahl von Projekten und Vorhaben in verschiedenen Bereichen eingebracht wurden. Die diesjährige Sitzung ist für das zweite Halbjahr 2014 geplant.

Auch in der Gemischten Kommission mit Ungarn ist, wie in der Donaunraumstrategie, die Zusammenarbeit bislang konstruktiv. Für die Landesregierung ist sie eine gute Basis, um die Einhaltung europäischer Grundwerte sowie kritische Themen wie die Verbesserung der Rechte von Minderheiten der Sinti und Roma offen anzusprechen.

Der Grundkonsens, der in der Europäischen Union über die gemeinsamen europäischen Werte herrscht, ist ein Wertekanon, den sich die Gemeinschaft aus Überzeugung gegeben hat. Die Landesregierung legt großen Wert darauf, diese gemeinsamen Werte auch im Rahmen ihrer intensiven europäischen Kooperation zu unterstützen und zu thematisieren. Wir werden auch künftig in Gesprächen mit unseren ungarischen Partnern auf die Einhaltung des Wertekanons drängen und Probleme und Differenzen offen ansprechen.

3. *welche Möglichkeiten sie wahrnehmen kann, um die Regierungen in den Partnerländern gegebenenfalls dabei zu unterstützen, antidemokratischen und anti-europäischen Tendenzen entgegenzuwirken;*

Die Pflege der Netzwerkarbeit mit den Nachbarländern sowie im grenzüberschreitenden wie interregionalen Kontext am Oberrhein, Bodensee, im Rahmen der Vier Motoren für Europa, der Donaunraumstrategie oder in der nun entstehenden Alpenraumstrategie bietet eine guten Rahmen und eine solide Basis für einen offenen und am Dialog orientierten Austausch.

Die konkrete Projektarbeit impliziert die Offenheit der jeweiligen Partnerregion, sich mit den Inhalten und Anliegen des anderen auseinanderzusetzen. Dieser kommunikative Prozess fördert das Verständnis der europäischen Länder und Regionen untereinander und leistet einen wichtigen Beitrag zu einem demokratischen offenen Diskurs innerhalb Europas.

4. *inwiefern ihr bekannt ist, ob es Anhaltspunkte gibt, die darauf hinweisen, dass infolge der Volksabstimmung in der Schweiz europakritische Rechtspopulisten im Land und besonders in den Grenzregionen Baden-Württembergs Auftrieb bekommen;*

Nach Presseberichten haben sich in mehreren europäischen Ländern europakritische und rechte Parteien positiv zur Volksinitiative in der Schweiz geäußert.

In den Schweizer Grenzkantonen war die Haltung zur Volksinitiative uneinheitlich. So wurde die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich abgelehnt; in den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau fand sie hingegen eine Mehrheit.

Für die Grenzregionen Baden-Württembergs hat die Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ zahlreiche Fragen aufgeworfen, die insbesondere den wirtschaftlichen Austausch sowie die Grenzgänger betreffen. Die Volksinitiative stellt das Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU in Frage, das die Personenfreizügigkeit sowie die Dienstleistungsfreiheit innerhalb von 90 Tagen beinhaltet. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg rund 52.000 Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten.

Die Landesregierung setzt sich im Dialog mit der Schweiz nachdrücklich für den Erhalt der Personenfreizügigkeit, die Belange der Grenzgänger und der Grenzregionen sowie eine Fortsetzung des bilateralen Weges zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ein. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat unmittelbar nach der Annahme der Volksinitiative mit dem Schweizer Bundespräsidenten Burkhhalter telefoniert und im März 2014 ein Gespräch mit Bundesrat Schneider-Ammann über das weitere Vorgehen von Schweizer Seite und Umsetzungsmöglichkeiten geführt.

Am 16. Mai 2014 empfängt Herr Ministerpräsident eine hochrangige Delegation der sieben Schweizer Grenzkantone zu Arbeitsgesprächen in Stuttgart. Dabei sollen sowohl die Auswirkungen der Volksinitiative sowie die verschiedenen Vorhaben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit thematisiert werden. Am 9. Mai 2014 hat Herr Ministerpräsident Kretschmann eine Delegation der Westschweizer Kantone empfangen, die großes Interesse am Austausch und der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg signalisiert haben.

5. *welche Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration sie in ihrem unmittelbaren Einflussbereich, etwa in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder der beruflichen Mobilität, im letzten Jahr befördert hat, um Europa bei den Menschen positiv erlebbar zu machen.*

Die Landesregierung leistet – gemeinsam mit ihren Partnern in den Nachbarländern und in ihren zahlreichen Netzwerken – in vielfältiger Weise einen Beitrag zur europäischen Integration.

So ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für Baden-Württemberg vor dem Hintergrund seiner rund 500 Kilometer langen Grenze zu den Nachbarstaaten Frankreich und der Schweiz ein wichtiger Teil der Europapolitik der Landesregierung. Ziel ist es, für die in einer Grenzregion lebenden und arbeitenden Menschen einen Mehrwert zu schaffen – etwa in der Gesundheitsversorgung, in der Infrastruktur, in der beruflichen Bildung oder der Kultur. Gleichzeitig erfordern zentrale Herausforderungen wie die Energiewende, der Fachkräftemangel oder der Schutz des Kultur- und Naturerbes gemeinsame Antworten.

Die über Jahrzehnte gewachsenen partnerschaftlichen Strukturen ermöglichen es, diese Fragestellungen erfolgreich aufzugreifen, einer Lösung zuzuführen und so das Zusammenwachsen Europas anschaulich zu machen. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedsstaaten wie Frankreich oder Österreich, sondern im Falle Baden-Württembergs gerade auch für die Intensivierung der Beziehungen mit Nicht-EU-Mitgliedsstaaten wie der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein.

Baden-Württemberg ist als Mitglied der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), der Hoahrheinkommission (HRK), der Oberrheinkonferenz (ORK) und in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) aktiv, um gemeinsame Fragen zu lösen und die Vernetzung des Landes im Zuge gemeinsamer Projekte aktiv voranzubringen. Abgeordnete und Mandatsträger aus Baden-Württemberg und den Nachbarstaaten sind im Oberrheinrat und in der Parlamentarier-Konferenz Bodensee vertreten. Auch auf bilateraler Ebene findet ein enger Austausch statt.

Eine wichtige Rolle für die Finanzierung grenzüberschreitender Projekte spielt das EU-Förderprogramm INTERREG. Das Land Baden-Württemberg ist an den INTERREG A-Kooperationsräumen „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und „Oberrhein“ beteiligt. Aufgrund erfolgreicher Verhandlungen der Landesregierung und auch ihrer Partner im Jahr 2013 steigen die Fördermittel für die beiden INTERREG A-Programme von bislang rund 91 Millionen Euro in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 auf über 149 Mio. Euro in der Förderperiode 2014 bis 2020. Allein Baden-Württemberg leistet hierbei einen Anteil von 78,2 Mio. Euro (bislang 31,7 Mio.).

Diese deutliche finanzielle Aufwertung ist ein klares Signal an die Akteure in den Grenzregionen und gibt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neuen Rückenwind, um bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue Impulse zu setzen.

Ehemalige und bestehende INTERREG-Projekte, wie z. B. das Lehrlingsaustausch-Programm Xchange in der Bodenseeregion, sowie verschiedene binationale und trinationale Studiengänge fördern die berufliche Mobilität. Auch das 2013 zwischen baden-württembergischen, rheinland-pfälzischen und elsässischen Partnern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung abgeschlossene Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zu einem gemeinsamen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt am Oberrhein. Nur durch gemeinsame Initiativen kann es gelingen, der anhaltend hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit einerseits und dem drohenden Fachkräftemangel andererseits zu begegnen.

Die mit dieser Rahmenvereinbarung neu geschaffene, europaweit beispielgebende Möglichkeit spricht sowohl die Interessenten an einer dualen Berufsausbildung wie auch Studieninteressierte an den dualen Hochschulen an. Sie bietet die Möglichkeit, den theoretischen Teil, der höhere Anforderungen an die Sprachkenntnisse stellt, in der Muttersprache zu absolvieren und gleichzeitig in einem Betrieb des Nachbarlandes praktische Erfahrungen zu sammeln.

Unter den 28 Partnern der Rahmenvereinbarung sind

- die Landesregierungen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz,
- Industrie- und Handelskammern (Südlicher Oberrhein, Karlsruhe, Hoahrhein-Bodensee und Pfalz),
- Handwerkskammern (Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Pfalz),

- die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz,
- Arbeitsagenturen (Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit Rheinland-Pfalz/Saarland sowie Baden-Württemberg; Agenturen für Arbeit Landau, Freiburg, Karlsruhe-Rastatt, Lörrach, Offenburg Kaiserslautern-Pirmasens),
- der französische Staat, die Region Elsass, die Handwerkskammer Elsass, die Industrie- und Handelskammer Elsass, die Regionale Landwirtschaftskammer Elsass sowie die Arbeitsagentur des Elsass.

Die Ausbildungsprojekte werden finanziell durch die Région Alsace unterstützt, deren Förderung u. a. auf die Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten französischer Interessenten und die Überwindung praktischer Hindernisse abzielen wird.

Bei der Unterzeichnungsfeier wurden bereits die ersten Ausbildungsverträge mit deutschen Unternehmen des Oberrheins auf Grundlage der neuen Rahmenvereinbarung abgeschlossen.

Die Umsetzung der Rahmenvereinbarung wird durch den Expertenausschuss berufliche Bildung der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz, dessen Vorsitz beim Regierungspräsidium Karlsruhe liegt und in dem auch die Kammern vertreten sind, eng begleitet. Innerhalb dieses Ausschusses wurde die Projektgruppe „Grenzüberschreitende Berufsausbildung“ der ORK gebildet.

Ein etabliertes Leuchtturmprojekt zur Förderung der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktfähigkeit junger Menschen am Oberrhein ist das Projekt „Eurogio-Zertifikat für Auszubildende und Berufsschüler/-innen“ der ORK. Ca. 230 Auszubildende bzw. Berufsschülerinnen und -schüler aus dem französisch-deutsch-schweizerischen Oberrheingebiet haben jährlich die Möglichkeit, während ihrer Ausbildungszeit ein mindestens vierwöchiges berufsbezogenes Auslandspraktikum in einem Unternehmen im grenznahen Ausland zu absolvieren, dort interkulturelle Erfahrungen zu sammeln und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Das Praktikum wird durch den „Europass-Mobilität“ zertifiziert.

Das von den Kammern initiierte Projekt „Wirtschaft macht Schule“ vermittelt seit 2007 Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen und soll so die schulische Ausbildung besser mit den Betrieben verzahnen. Ziel ist es, Jugendlichen den Einstieg in ihr künftiges Berufsleben zu erleichtern und Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen. Das Projekt verlief in BW sehr erfolgreich. So konnte die IHK Karlsruhe als erste Kammer in Deutschland eine flächendeckende Versorgung der Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner vermelden.

Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer (CCI) des Elsass wurde dieses Konzept nun auch auf grenzüberschreitende Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen übertragen.

Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa  
und internationale Angelegenheiten